

# **Der Anfang vom Ende: Die DDR-Kommunalwahl vom 7. Mai 1989**

*Onlinedokumentation  
der Konrad-Adenauer-Stiftung  
zur Veranstaltung vom 12.5.2004*

**Programm:**

**Begrüßung durch Rainer Eppelmann MdB :**

**Vortrag von Dieter Althaus MdL :**

**Vortrag von Dr. Hans Michael Kloth :**

**Bilderseiten ab Seite 26**

# Der Anfang vom Ende: Die DDR-Kommunalwahl vom 7. Mai 1989

am Mi 12. Mai 2004, 10 bis 13 Uhr

Ort Akademie der Konrad Adenauer Stiftung, Tiergartenstraße 35

mit Rainer Eppelmann MdB, Dieter Althaus MdL, Dr. Hans Michael Kloth, Prof. Dr. Eckhard Jesse

10.00 Uhr

## **Begrüßung**

*Rainer Eppelmann* MdB

Mitglied der Konrad Adenauer Stiftung

10.15 Uhr

## **Vortrag und Diskussion**

*Dieter Althaus* MdL

Ministerpräsident des Freistaates Thüringen

11.15 Uhr

## **Die "Wahlfrage" in der DDR und die Wahlfälschung vom 7. Mai 1989**

*Dr. Hans Michael Kloth*

Journalist und Wissenschaftler, Hamburg

11.40 Uhr

## **Bürgerrechtler als Wahlbeobachter bei der DDR-Kommunalwahl vom 7. Mai 1989**

Zeitzeugen:

*Stephan Hilsberg* MdB, Berlin

*Dr. Carlo Jordan*, Berlin

*Dr. Aribert Rothe*, Erfurt

*Dr. Thomas A. Seidel*, Erfurt

*Dr. Wolfgang Ullmann*, Berlin

## **Moderation und Schlusswort**

*Prof. Dr. Eckhard Jesse*,

Politikwissenschaftler TU Chemnitz

# **„Der Anfang vom Ende: Die DDR-Kommunalwahl vom 7. Mai 1989.“**

**Eine Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung , 12. Mai 2004**

## **Begrüßung durch Rainer Eppelmann**

Anrede!

Für den 7. Mai 1989 waren in der DDR Kommunalwahlen angesetzt. Die Propagandamaschine lief wie gewohnt auf vollen Touren. Glückliche Bürger lächelten von Plakaten, auf denen zu lesen war: „DDR - mein Vaterland“, oder „Den Kandidaten der Nationalen Front Verantwortung und Vertrauen“, oder auch der Klassiker „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“. Doch selbst der Führungsebene der Partei dämmerte langsam, dass dies keine der üblichen Wahlen werden würde.

Der übliche Ablauf war: Eine Einheitsliste der in der Nationalen Front vereinten Parteien und Massenorganisationen wird aufgestellt, die Kandidaten lassen sich in ihren Arbeitskollektiven pro forma prüfen, schließlich besteht der Wahlakt darin, einen Zettel mit der Namensliste in eine Urne zu stecken, ein Vorgang, der in der DDR spöttisch als „Falten gehen“ bezeichnet und nicht wirklich ernst genommen wurde. Am Ende pflegt ein Wahlergebnis von über 99 Prozent Ja-Stimmen verkündet zu werden, das ebenfalls nicht ernst genommen wurde. Es stand ohnehin schon vorher fest.

Doch diesmal war manches etwas anders: Die Politik Gorbatschows wirkte in der DDR nach. In Polen hatte die Opposition eigene Kandidaten aufgestellt, auch in anderen sozialistischen Ländern forderten die Menschen Demokratie. Die SED versuchte, die Situation in den Griff zu bekommen. Das Zuckerbrot: die Kandidaten

der Nationalen Front wurden diesmal angehalten, sich auch der Öffentlichkeit vorzustellen. Und wer das Sonderwahllokal vor dem eigentlichen Wahltermin aufsuchte – ein Vorgang, der ungefähr der heutigen Briefwahl entspricht und von Tausenden genutzt wurde -, musste dafür keine besondere Begründung mehr vorbringen. Als Peitsche diente die Bildung so genannter „Arbeitsgruppen für Ordnung und Sicherheit“ aus Bereitschaftspolizei, Staatssicherheit und Kampfgruppen.

Am Abend des 7. Mai verkündete der Wahlleiter Egon Krenz ein Ergebnis, das auch diesmal keiner glaubte, obwohl es sogar unter 99 Prozent lag: 98,77 Prozent der mehr als zwölf Millionen Wahlberechtigten hatten angeblich für die Kandidaten der Nationalen Front gestimmt, 98,85 Prozent der DDR-Bürger waren demnach zur Wahl gegangen. Allerdings: Von 200.000 wählbaren Kandidaten waren 1276 durchgefallen. Erstmals verkündete die SED ein Ergebnis unter 99 Prozent und auch die Wahlbeteiligung lag deutlich unter den sonst verkündeten Werten: Eine Sensation. Statt vor Freude über die gewaltige Zustimmung zu jubeln, die seine Partei einmal mehr gewonnen zu haben behauptete, verlas Egon Krenz die Ergebnisse, als käme er gerade von der Beerdigung seiner Lieblingstochter.

Der von uns Bürgerrechtlern öffentlich erhobene Vorwurf, die Wahl sei manipuliert worden, ließ sich fortan nicht mehr aus der Welt schaffen. Wir wussten es durch unsere Wahlüberprüfungen ja auch aus eigener Anschauung. Der „Probelauf“ für die umfassende Wahlkontrolle von unten begann aber mehr als drei Jahre zuvor. Wir hatten in der Samaritergemeinde die Idee, die Stimmenauszählung bei den Volkskammerwahlen von 1986 zu überprüfen. Es war ja klar, dass es bei keiner Wahl in der DDR mit rechten Dingen zugeht. Allein schon die Durchführung mit dem De-facto-Gebot, offen zu wählen, die eingerichtete Wahlkabine also nicht zu benutzen, sprach allen demokratischen Regeln Hohn. Wir misstrauten auch den Resultaten, jenen 99-Prozent-Ergebnissen, auf die sich die Partei- und Staatsführung bezog, wenn sie behauptete, dass das Volk geschlossen hinter ihr stehe.

Doch unsere Aktion war 1986 nicht ausreichend vorbereitet, so dass die Kontrolle nur in einigen wenigen Friedrichshainer Wahllokalen stattfand. Da wir in einer kleinen Minderheit der Auszählungsstellen eine große Mehrheit der offiziell eingestandenen

Neinstimmen eruierten, war für uns die Sache klar. Allerdings konnten wir so den Betrug lediglich behaupten, beweisen konnten wir ihn noch nicht. Das sollte 1989 anders sein. Ein Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit vom 19. Mai 1989 stellt dazu fest:

*„Auf der Grundlage von am Wahltag durchgeführten sogenannten ‚Kontrollen‘ bzw. der ‚Überwachung‘ der Wahlhandlung und der Stimmenauszählung in Wahllokalen, beabsichtigen innere Feinde den ‚Nachweis‘ einer angeblichen Fälschung von Wahlergebnissen in ausgewählten Wahlbezirken zu führen. Dabei ist ein stubsmäßig organisiertes und koordiniertes Vorgehen feindlicher, oppositioneller Kräfte...zu erkennen.“*

Diesmal bewiesen die Zahlen, die republikweit von zahlreichen engagierten Bürgern ermittelt worden waren tatsächlich eindeutig, dass die Ergebnisse gefälscht waren. Die Differenz zu den offiziellen Angaben betrug in manchen Orten bis zu zehn Prozent. Allein in den vier kontrollierten Ost-Berliner Stadtbezirken Mitte, Friedrichshain, Prenzlauer Berg und Weißensee war sogar eine Tendenz von bis zu 20 Prozent Gegenstimmen zu erkennen. Irgendwo auf dem Weg zwischen den Wahllokalen, wo wir die Auszählung kontrolliert hatten und den zentralen Auszählungsstellen verschwanden dann die unerwünschten Zettel.

Bereits am Wahlabend kam es in unterschiedlichen Städten vereinzelt zu Protesten, die im Verlauf weniger Wochen immer stärker wurden. Ich selbst erstatte Strafanzeige, wurde von der zuständigen Staatsanwaltschaft vorgeladen und mit der Drohung einer gegen mich gerichteten Anzeige wegen „Verleumdung von Staatsorganen“ wieder nach Hause geschickt. An jedem siebten eines Monats gab es von nun an in Berlin Protestkundgebungen zum Gedenken an die Wahlfälschungen. Obwohl die Sicherheitskräfte massiv gegen die Demonstranten vorgingen, wurden es von Mal zu Mal mehr Menschen, die sich auf dem Alexanderplatz versammelten. Und als zum fünften Mal die Aktion stattfand, fiel sie auf den 7. Oktober, den Jahrestag der DDR-Gründung. Die Ergebnisse der weiteren Entwicklung sind allgemein bekannt.

Man kommt nicht umhin festzustellen, dass die Fälschungen bei der Kommunalwahl im Mai 1989 einer der Auslöser für die Demonstrationen im Herbst waren. Ja, man kann wohl zu Recht sagen, sie waren der erste Spatenstich fürs Grab der SED! So wurde es schließlich auch zu einer Hauptforderungen im Herbst 1989, den Wahlbetrug aufzudecken und die daran Schuldigen zu bestrafen. Dass dann ausgerechnet Egon Krenz, der Wahlleiter aus dem Frühjahr, Honecker als Parteichef beerbte, diskreditierte die SED in den Augen der Menschen in der DDR nur noch mehr. Der Ruf nach Neuwahlen wurde laut. Fast auf den Tag genau ein Jahr später gab es am 6. Mai 1990 die ersten und zugleich letzten wirklich demokratischen Kommunalwahlen in der DDR.

Gerade auch in meiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die sich seit 1998 intensiv um die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit bemüht, bin ich sehr froh, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung sich dieses wichtigen Kapitels der DDR-Geschichte annimmt – einem besonderen Zeichen von Bürgersinn, Bürgermut und Zivilcourage. Dies ist beiliebe keine Ausnahme: Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat seit 1990 in zahlreichen Veranstaltungen der Bildungswerke und Bildungszentren, des Wissenschaftlichen Dienstes und der Begabtenförderung einzelne Aspekte des politischen Umbruchs in der ehemaligen DDR thematisiert. Die Stiftung hat sich aber auch zur Aufgabe gemacht, die Freiheitsbewegungen, den Kampf gegen Diktaturen, aufzuarbeiten: der fünfzigste Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 im letzten Jahr oder dieses Jahr der 60. Jahrestag des 20. Juli sind nur zwei Beispiele dafür. Hinzu kommen vielfältige Publikationen zur historischen Aufarbeitung, wie z. B. das zweibändige Lexikon des DDR-Sozialismus und eine Untersuchung von DDR-Schulbüchern, aber auch Beiträge zu Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock.

Die heutige Veranstaltung zur Kommunalwahl vom Mai 1989 in der DDR zeigt einmal mehr den hohen Stellenwert, den die Konrad-Adenauer-Stiftung der Aufarbeitung der jüngsten deutschen Diktatur und auch anderer Unrechtregime beimisst. Dies ist auch deshalb so wichtig, weil erst durch die Auseinandersetzung mit unserer deutschen Vergangenheit die Zukunft der deutschen Einheit gestaltet werden kann. Worüber wir sprechen – auch heute sprechen – ist ja nicht nur ostdeutsche Regionalgeschichte.

Es handelt sich vielmehr um einen Teil unserer gesamtdeutschen Geschichte, die auch von allen Deutschen als solche angenommen werden sollte. Die Geschichte Deutschlands nach 1945 muss in ihren Unterschieden aber auch in ihren Gemeinsamkeiten als eine im doppelten Wortsinne geteilte deutsche Nachkriegsgeschichte erzählt werden. Dann kommen wir ein entscheidendes Stück voran auf dem Weg zur viel beschworenen inneren Einheit Deutschlands. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen nun eine ebenso interessante wie anregende Veranstaltung.

# Kommunalwahlen 7. Mai 1989 - Zahlen, Daten, Fakten

## Vorfeld:

- 8. Januar 1989: Ost-Berliner Friedens- und Menschenrechtsgruppen (Initiative „Absage“) rufen Christen zur Kandidatur für die Kommunalwahlen am 7. Mai auf.
- es gibt zahlreiche weitere Aufrufe zu Protestaktionen, Wahlboykott, Flugblätter etc. im Vorfeld der Wahl. Stasi registriert 103 gegen die Kommunalwahlen gerichtete „Vorkommnisse“
- allein in Leipzig wird im Vorfeld der Kommunalwahl am 7.5.1989 ca. 2.000 Menschen die Ausreise in die Bundesrepublik genehmigt
- Die Nutzung der Sonderwahllokale ist als regimekritisches Verhalten zu werten.  
Nutzung der Sonderwahllokale:
  - Kommunalwahl 1984: 16 Prozent der Wähler
  - Volkskammerwahl 1986: 26,4 Prozent der Wähler
  - Kommunalwahl 1989: 28,7 Prozent der Wähler

In einigen Wahlbezirken liegt der Anteil der in Sonderwahllokalen abgegebenen Stimmen bei 60 Prozent.

## Wahlkontrollen durch Bürgerrechtler:

### Zahlen des MfS

- Laut Bericht des MfS vom 19. Mai 1989 („Maßnahmen zur Zurückweisung und Unterbindung feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989“) registriert die Stasi folgendes Ausmaß der Überprüfungen der Wahlauszählungen durch Bürgerrechtler für Berlin:

64 Wahllokale im Bezirk Prenzlauer Berg

44 Wahllokale im Bezirk Friedrichshain

23 Wahllokale im Bezirk Mitte

- Über diese 131 hinaus wurden aber auch einzelne Wahllokale in Weißensee überprüft.
- In Leipzig registriert die Stasi die Überprüfung von 161 Wahllokalen durch Bürgerrechtler.

### Zahlen zur Überprüfung in Wahllokalen nach Hans-Michael Kloth:

Berlin-Weißensee (66 von 67 Wahllokalen)

Friedrichshain (80/88)

Prenzlauer Berg (44/120)

Köpenick (14/140)



Pankow (25/?)  
Dresden 227/444  
Leipzig-Mitte 83/84  
Leipzig Rest 25-50 Prozent aller Wahllokale  
Dessau 12/70  
Erfurt 36/201  
Jena 59/145  
usw. in Naumburg, Potsdam, Rostock, Weimar, Coswig, Cottbus, Eilenburg, Forst,  
Greifswald, Halle, Magdeburg.....

Kontrolle erfolgt damit fast flächendeckend in der ganzen DDR

### Reaktionen

- zahlreiche Eingaben wg. Unregelmäßigkeiten
- 300 Eingaben direkt an Egon Krenz als Leiter der zentralen Wahlkommission
- zahlreiche Strafanzeigen wegen Wahlfälschung
  
- Am Abend des 7. Mai findet in der Berliner Elisabeth-Kirche eine Wahlparty von ca. 270 Bürgerrechtlern und 9 West-Korrespondenten statt. Hier werden die Wahlergebnisse ausgewertet und der Wahlbetrug offen benannt.
  
- In Leipzig werden 72 Demonstranten auf dem Marktplatz verhaftet.
  
- ab 7. Juni finden an jedem 7. eines Monats auf dem Berliner Alexanderplatz Protestdemonstrationen gegen die Wahlfälschungen statt

## weiter grundlegende Informationen

### Ergebnisse der Volkskammerwahlen in der DDR 1950-1986

Wahljahr	Ja-Stimmen (in Prozent)
1950	99,72
1954	99,46
1958	99,87
1963	99,95
1967	99,93
1971	99,85
1976	99,86
1981	99,86
1986	99,94

### Ergebnisse der Kommunalwahlen 1950-1989

Wahljahr	Ja-Stimmen (in Prozent)
1950	99,70
1957	99,52
1961	99,96
1965	99,89
1970	99,83
1974	99,91
1979	99,83
1984	99,88
1989	98,85

## **Geheime Anweisung des Politbüros der SED zur Gültigkeit der Stimmzettel bei den Kommunalwahlen. 15. Juni 1957.**

"Für die Auszählung der Stimmzettel soll folgende Instruktion *mündlich* an die Wahlvorsteher gegeben werden:

1. Die Abstimmung über den Wahlvorschlag der Nationalen Front geschieht durch Einwerfen des amtlichen Stimmzettels in die Wahlurne. Weist der Stimmzettel weder Veränderungen noch Zusätze auf, so ist damit der Stimmzettel gültig und zugleich eine entscheidung für den Wahlvorschlag der Nationalen Front.
2. Der Stimmzettel ist gültig und gilt als für den Wahlvorschlag der Nationalen Front abgegeben, wenn folgende Änderungen vorgenommen wurden: (a) wenn Kandidaten und Nachfolgekandidaten auf dem Stimmzettel gestrichen sind; (b) wenn auf dem Stimmzettel Zustimmungserklärungen für die Kandidaten und Nachfolgekandidaten enthalten sind, wie *ja, einverstanden, Frieden* u.ä.; (c) wenn sich ein Kreuz hinter dem Namen eines Kandidaten oder Nachfolgekandidaten befindet oder die Namen einzelner Kandidaten oder Nachfolgekandidaten

einzelnen unterstrichen sind.

3. Als ungültig sind Stimmzettel anzusehen, die (a) nicht amtlich hergestellt sind (b) die die Aufschrift >>ungültig>> enthalten (c) die staatsfeindliche Äußerungen enthalten.
4. Als Stimmzettel *gegen* den Vorschlag der Nationalen Front sind zu betrachten: (a) Stimmzettel, auf denen alle Kandidaten und Nachfolgekandidaten einzeln gestrichen sind; (b) Stimmzettel, auf denen ein Kreuz quer über den gesamten Stimmzettel angebracht ist; (c) Stimmzettel, auf denen Äußerungen des Wählers aufgezeichnet sind, die seine Gegenstimme klar zum Ausdruck bringen.
5. Die Veröffentlichung der Wahlergebnisse nach der Auszählung in Presse und Rundfunk erfolgt nur auf besondere Anweisung des Wahlleiters der Republik oder seines Stellvertreters."

Quelle: **Instruktion für die Wahlvorsteher, Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 25/57 des Politbüros vom 15. Juni 1957.** In: Judt, Matthias (Hrsg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Ch. Links Verlag, Berlin, 1. Auflage, November 1997.

### **Erich Honecker im Interview 1990 über seine Sicht der Kommunalwahlen 1989.**

**Frage:** "Kommen wir zur DDR-Politik zurück, die sich im unmittelbaren Vorfeld Ihrer Ablösung vollzog. Es soll zum Beispiel die Losung herausgegeben worden sein, die Kommunalwahlen 1989 sollen die besten innerhalb der vierzigjährigen Geschichte der DDR werden. Die Wahlergebnisse wurden verfälscht und verursachten starke Proteste. Mittlerweile haben das auch die Untersuchungen der Bürgerkomitees ans Licht gebracht. Was sagen Sie dazu?"

**Antwort E. H.:** "Also die Losung, daß diese Wahlen die besten sein müßten, wurde nicht vom Politbüro herausgegeben, erst recht nicht vom Zentralkomitee. Bis jetzt ist mir unerklärlich, wer dies in die Partei und in die Nationale Front hineingebracht hat. Für uns wäre ein Ergebnis von 65 Prozent ein großer Erfolg gewesen. Zwar hätte der Gegner dann gesagt, soundso viel sind dagegen. Aber das war nicht die Frage. Bei den Menschen hätte sich das Vertrauen gefestigt, daß das, was sie meinen, doch seinen Ausdruck findet in den Ergebnissen der Kommunalwahlen. Ich muß ganz offen sagen, daß ich hier vor einem Rätsel stehe. Bis jetzt ist diese Frage überhaupt noch nicht geklärt, wer diese Losung herausgebracht hat. Wahlfälschung betrachte ich als etwas Furchtbares, weil das nicht nur ein Selbstbetrug ist, sondern auch Betrug am Volk, um dessen Mehrheit man doch rang. [...]"

**Rede**  
**Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus,**  
**Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung,**  
**“Der Anfang vom Ende: Die letzte DDR-Kommunalwahl vom 7. Mai 1989“**  
**Mittwoch, 12. Mai 2004, 10.00 Uhr, KAS-Akademie Berlin**

---

Rainer Eppelmann, MdB,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass Sie mich zu der heutigen Veranstaltung eingeladen haben. Wir wollen heute an ein bedeutendes Datum der jüngeren deutschen Geschichte erinnern.

„*Vergangenheit ist Zukunft*“ – treffender hätten Sie das Thema nicht umreißen können. Wir wollen an die letzten gefälschten Wahlen in der DDR erinnern – an den Betrug der SED-Machthaber bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989. 15 Jahre sind seitdem vergangen, doch die Tage um den 7. Mai 1989 bleiben für uns alle unvergessen.

Wir feiern in diesem Jahr den Tag der Deutschen Einheit in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt. Neben zahlreichen festlichen Veranstaltungen wird es eine Ausstellung mit dem Titel „15 Jahre Mauerfall“ geben. Damit steht die Kommunalwahl in engem Zusammenhang. Nur ein halbes Jahr liegt zwischen dem 7. Mai und dem 9. November 1989. Ohne Zweifel war die Kommunalwahl ein Auslöser dafür, dass viele im Osten Deutschlands Mut fassten und ein ganzes Weltgebäude – den Kommunismus – zum Einsturz brachten.

Die gefälschte Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 hat genau das Gegenteil von dem bewirkt, was das SED-Regime beabsichtigte. Wut und Empörung wuchsen in der Bevölkerung so sehr, dass viele nicht mehr gewillt waren, Bevormundung und Unterdrückung hinzunehmen. Die Menschen wollten ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen und sich nicht mehr vorschreiben lassen, was gut und richtig war.

Damals wurde jener Geist in breiten Kreisen des Volkes verstärkt, der die friedliche Revolution vom Herbst 1989 erst ermöglichen sollte. Die Menschen erkannten, dass sie nicht mehr schwach und furchtsam waren. Nach dem 7. Mai wurden sie von Tag zu Tag mutiger und entschlossener, etwas zu verändern – ganz so, wie es der französische Schriftsteller Victor Hugo beschrieben hat: *„Die Zukunft hat viele Namen. Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare. Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte. Für die Tapferen ist sie die Chance.“*

Viele haben damals erkannt, dass es in der DDR so wie bisher nicht weitergehen konnte. Mit dem Wahlbetrug vom 7. Mai hatten sich die SED-Mächtigen selbst entlarvt. Und es kam ganz so, wie es Christopher Fry angekündigt hatte: *„Die Wahrheit gelangt zur Macht, wenn ihre Zeit erfüllt ist“*. Die Zeit war mehr als erfüllt.

Vor der Wahrheit hatte das SED-Regime stets die Augen verschlossen: Das war am 17. Juni 1953 so, als sich das Volk gegen Ulbricht & Co erhob. Der „antifaschistische Schutzwall“ war in Wirklichkeit eine Mauer, die die Menschen im Osten Deutschlands von Freiheit und Demokratie abschirmen sollte. Die Unterzeichnung der KSZE Schlussakte 1975 war in den Augen der SED-Führung nur ein symbolischer Akt, von dem man sich internationale Anerkennung der DDR versprach – keineswegs ging es um mehr Freiheit oder menschliche Erleichterungen.

Das Modell vom real existierenden Sozialismus war Lug und Trug. In Wandlitz, fern von den tatsächlichen Lebensverhältnissen, hatten sich die SED-Mächtigen eine sozialistische Scheinwelt errichtet. Von dort aus beäugten sie die Entwicklungen, die sich seit 1985 in der Sowjetunion vollzogen, mit äußerstem Misstrauen.

*„Trug und Irrtum hingegen haben jede Wahrheit zu fürchten“*, heißt es zu Recht. Der Satz gilt, selbst wenn es sich um eine „Wahrheit“ handelt, die vom großen sozialistischen Bruderstaat ausging. *„Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“*, diese Parole geriet bei den Mächtigen der DDR außer Mode. Der sowjetische Führer Gorbatschow wurde zur „persona non grata“ erklärt.

Während die SED-Führung die eingeleiteten Reformen in der Sowjetunion mit Unverständnis, Furcht und Ablehnung verfolgte, gaben die Worte „Glasnost“ und „Perestroika“ vielen Menschen hier bei uns im Osten Deutschlands die Hoffnung auf wirkliche Veränderungen. Zum ersten Mal seit dem Prager Frühling 1968 sahen die Menschen, dass ein kommunistischer Machthaber nicht nur Reformen versprach, sondern sie auch umsetzte.

Mit der Verwirklichung von Reformen verbanden die Menschen alle ihre Hoffnungen auf Freiheit, Freizügigkeit und Reiseerleichterungen, wie sie bereits die KSZE-Schlussakte von 1975 auf dem Papier versprochen hatte.

Geduldig hatten die Menschen im Osten darauf gehofft, dass die KSZE-Beschlüsse in die Tat umgesetzt würden. Doch schon ein Jahr nach der Unterzeichnung hatte die sogenannte Biermann-Affäre gezeigt, dass alles nur ein Täuschungsmanöver der SED-Mächtigen war. Auch in der Beurteilung der polnischen Freiheitsbewegung Solidarność gingen Partei und Volk gänzlich getrennte Wege.

Während die Verhängung des Kriegsrechts 1981 von den SED-Mächtigen ausdrücklich begrüßt wurde, sah das Volk wieder eine Hoffnung auf Freiheit zerstört. Der Papst aus Polen, 1978 gewählt

gab nicht nur den Polen während des Kriegsrechts Stimme, nein, er war auch eine wesentliche Stimme der Freiheit aus dem kommunistischen Koordinatensystem. Die Hoffnung auf Verbesserung, auf mehr Freiheit hatte auch deshalb Nahrung erhalten, weil es unmittelbar vor der Verhängung des Kriegsrechts zu einem Treffen zwischen Erich Honecker und Helmut Schmidt in Güstrow gekommen war. Aber Honecker war in keiner Weise zu Reformschritten bereit.

Während Gorbatschow seit 1985 in der Sowjetunion daran ging, ein Land umzugestalten, verkündigte Honecker noch im Frühjahr 1989 *„Den Sozialismus in seinem Lauf, halten weder Ochs und Esel auf“*. Wenig später hieß es: *„Die Mauer werde, wenn dies erforderlich ist, noch weitere 100 Jahre bestehen bleiben“*.

Diese Aussagen brachten die Volksseele im Osten Deutschlands zum Kochen, wie im Jahr zuvor das Publikationsverbot für die Zeitschrift „Sputnik“. Das alles waren Zeichen dafür, dass der vormundschaftliche Staat nicht daran dachte, sich zu öffnen, sich zu reformieren, Kritik zu zulassen und schon gar nicht, einen Teil seiner Macht abzugeben.

Mit äußerster Spannung wurden deshalb die Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 erwartet. Sie sollten als Signal dienen. Hatten die Menschen genug Mut, um gegen SED-Willkür und gegen ein System von Pseudowahlen aufzubegehren oder würde alles so ablaufen wie all die Jahre zuvor? Von geheimen und freien Wahlen konnte seit Gründung der DDR nie die Rede sein. Wer die Wahlkabine benutzte, galt bereits als verdächtig.

Durch Mund-zu-Mund-Propaganda hatte sich herumgesprochen, dass außerordentlich viele Wähler am 7. Mai 1989 den Mut aufgebracht hatten, entweder nicht zur Wahl zu gehen, Kandidaten von der Wahlliste zu streichen oder den Wahlzettel ungültig zu machen.

Wie ein Lauffeuer ging es an jenem Tag durch Teile der Republik, dass diesmal nicht mit der obligatorischen 99,99 Prozent Wahlbeteiligung zu rechnen sein würde und dass die Kandidaten der Nationalen Front diesmal nicht mit der ebenso obligatorischen 99,8 Prozent Zustimmung rechnen konnten.

Um so empörender war dann, dass der Wahlleiter Egon Krenz am Abend des 7. Mai verkündete: Wahlbeteiligung 98,78 Prozent, Zustimmung zu den Kandidaten der Nationalen Front 98,85 Prozent.

Der Wahlbetrug war so offenkundig, dass es noch am selben Abend erste Proteste in der DDR gab – z. B. von Bürgerrechtlern in Berlin und Leipzig. An den darauf folgenden Tagen wurde überall im Land heftig diskutiert.

In Thüringen, vornehmlich in den damaligen Bezirken Erfurt und Gera, hatte sich der Widerstand bereits vor dem Wahltermin formiert. Im März 1989 verfasste die „Arbeitsgruppe Wahlen“ eine öffentliche Erklärung, in der die Unterzeichner dazu aufriefen, sich nicht an den bevorstehenden Kommunalwahlen zu beteiligen. In Erfurt hatten sich Gruppen zusammengefunden, die Möglichkeiten eruierten, wie man die Richtigkeit der Wahlergebnisse kontrollieren könnte.

Schnell wurden Kontakte zu anderen Gruppen, zur Studentengemeinde und zu verschiedenen Kirchengemeinden geknüpft und Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Am Abend des 7. Mai trafen sich zum Beispiel 60 bis 70 Leute in der Studentengemeinde, die die „offizielle“ und „öffentliche“ Stimmenaushölung in den Wahllokalen mitverfolgt und die bekannt gegebenen NEIN-Stimmen notiert hatten. Selbstverständlich waren diese Beobachtungen und Notizen nur unter den größten Schwierigkeiten möglich. Die Staatsmacht versuchte nämlich alles, um eine ordnungsgemäße Stimmenaushölung in den Wahllokalen zu behindern, wenn nicht gar zu verweigern.

Dennoch gelang es den Beobachtern der Opposition festzustellen, dass allein in 36 Wahllokalen 638 gültige Nein-Stimmen bei der Wahl für die Stadtverordnetenversammlung und 649 gültige Nein-Stimmen bei der Wahl zu den Stadtbezirksversammlungen gezählt worden sind. Die Zahlen, die die Vertreter der Opposition gesammelt hatten, hatten dann nichts mit dem öffentlich verkündeten Wahlergebnis zu tun.

Dieser Widerspruch rief die evangelische Kirche auf den Plan und erhob über das Evangelische Ministerium am 11. Mai beim Nationalrat der Nationalen Front Einspruch gegen das Wahlergebnis. Natürlich versuchten die SED-Machthaber zu beschwichtigen und den Protest als „*Diskriminierung und Beleidigung der Mitglieder der Wahlvorstände*“ abzutun.

Dies führte zu einer Kanzelabkündigung in den Gottesdiensten am 28. Mai. Die Forderung lautete: Der Widerspruch zwischen den offiziell bekannt gegebenen und den von der Opposition ermittelten Zahlen müsse aufgelöst werden. Ansonsten sei der Einspruch gegen das Wahlergebnis „nicht erledigt“.

Eines war klar: Die Partei- und Staatsführung der DDR war nicht nur der Wahlmanipulation, sondern der Lüge überführt worden. Die Hoffnung auf eine Besserung war endgültig zerstört.

Der Protest führte aber noch nicht dazu, dass die Menschen den Mut fanden, auf die Straße zu gehen. Es bedurfte erst weiterer Zuspitzungen. Erinnern wir uns an die angeblich vom westlichen Imperialismus organisierten Schüsse aus dem Westen auf ein Haus in der DDR – von Hessen nach Thüringen, alles von der Stasi vorbereitet. Die gravierenden außenpolitischen Veränderungen und

die weitere Zuspitzung der inneren Widersprüche in der DDR, waren die Grundlage dafür, dass es im Herbst 1989 zur demokratischen Revolution kommen konnte.

Ausschlaggebend war vor allem die Öffnung des Eisernen Vorhangs von Ungarn nach Österreich ab dem 2. Mai 1989. Kaum hatten die SED-Machthaber den Schock der Kommunalwahl überstanden, stellte sich ihnen die Frage: Kann das Risiko eingegangen werden und können wir DDR-Bürgern Urlaub in Ungarn genehmigen, wenn die Grenzen nach Österreich offen sind?

Das Risiko, das Volk nach der gefälschten Kommunalwahl mit einer Art „Urlaubssperre Ungarn“ noch weiter zu verprellen, war selbst Honecker & Co zu hoch. Die Ergebnisse dieser „Großzügigkeit“ sind bekannt. Tausende nutzten ihren Sommerurlaub in Ungarn und flüchteten über Österreich in den freien Teil Deutschlands. Wer nicht nach Ungarn gelangen konnte, versuchte sein Glück in Prag, versuchte in die Deutsche Botschaft zu gelangen.

Die Bilder von flüchtenden DDR-Bürgern bestimmten die Medienwelt im Sommer 1989. Tausende kehrten nicht ihrer Heimat, sondern dem SED-Regime den Rücken. Tausende riskierten mitunter Leben und Gesundheit, um in die Freiheit zu gelangen.

Völlig blind und mit ohnmächtiger Wut verfolgten Honecker & Co diese Entwicklung, die sie letztlich ignorierten. Diese Ignoranz führte dazu, dass der 40. Jahrestag der DDR mit allem propagandistischem Pomp vorbereitet wurde. Was folgen sollte, war eine bühnenreife Show, die nichts mit der Realität, mit den Problemen, Sorgen und Ängsten der Menschen in der DDR zu tun hatte.

Rufen wir uns in Gedächtnis! Kampfgruppenangehörige wurden im August und September 1989 am Schlagstock ausgebildet. Internierungspläne wurden erstellt.

Dennoch: Die Menschen spürten – eine Welt stand auf der Kippe. Sie waren nicht mehr gewillt, Unterdrückung und Bevormundung hinzunehmen.

Nach dem 7. Oktober, nach den Feierlichkeiten auf eine längst dahinsiechende Deutsche Demokratische Republik, gab es für die Menschen kein Halten mehr. Der Wille zur Freiheit ließ sich nicht mehr unterdrücken, mit Mut und aller Entschlossenheit nahmen die Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand. – „*Wir sind das Volk*“!

Was folgte ist bekannt: Sturz des SED-Regimes, Fall der Mauer, freie Wahlen zur Volkskammer im März 1990, freie Kommunalwahlen am 6. Mai 1990, die Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 und schließlich die deutsche Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 und die Wahlen zu den Landtagen in den wieder gegründeten Ländern – in Thüringen am 14. Oktober.



Der Protest der Bevölkerung gegen die gefälschten Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 und die Massenflucht in die Freiheit im Sommer 1989 waren wohl wichtige Auslöser für die friedliche Revolution im Herbst 1989.

Unsere Aufgabe ist es, die Einheit zum Wohle der Menschen zu gestalten. In diesem Sinne halte ich ihr Motto „*Vergangenheit ist Zukunft*“ für treffend gewählt. Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeiten, sie mussten gegen die Tyrannei erkämpft werden. Heute gilt es, Demokratie und Freiheit gegen ihre Feinde zu verteidigen, Demokratie und Freiheit im Bewusstsein der Menschen lebendig zu erhalten. Und nicht zuletzt, die Bedeutung der Wahlen als eine Grundlage der Demokratie zu vermitteln.

Dieses Wissen, auch das Wissen über die eigene Verzagtheit und den plötzlichen Mut, das Wissen über die Angst, die die DDR subtil und offen oder durch abschreckende Strafen erzeugte, das Wissen über den Mut Weniger, der Bürgerrechtler oder Kirchen – das darf nicht vergessen werden. Hier liegen die Grundlagen für unsere Freiheit und Demokratie.

\*\*\*

Vortrag zum Thema:  
Die "Wahlfrage" in der DDR und die Wahlfälschungen vom 7. Mai 1989  
von Dr. Hans Michael Kloth  
im Rahmen der Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung,  
"Der Anfang vom Ende: Die letzte DDR-Kommunalwahl vom 7. Mai 1989"  
am Mittwoch, 12. Mai 2004, in der Akademie der KAS in Berlin

---

Anrede,

als in der noch existierenden DDR am Abend des 18. März 1990 die Wahllokale schlossen, hatten im Laufe dieses Tages insgesamt 11.604.417 DDR-Bürger zwischen Rügen und Riesa, Boitzenburg und Bautzen die Wahlkabinen aufgesucht und auf dem Stimmzettel ein Kreuz gemacht – die große Mehrheit zum allerersten Mal, denn die letzte freie Parlamentswahl auf dem Territorium der DDR, die Reichstagswahl von September 1932, lag bereits über ein halbes Jahrhundert zurück.

Und nur zu gerne machten die Bürger der DDR von ihrem eben erst errungenen Recht Gebrauch: Sie schickten die SED mit 16,4 Prozent in die Opposition und vollendeten so an der Wahlurne ihre unblutige Revolution: "Ballot, not bullet", in der berühmten Kurzformel Abraham Lincolns: Stimmzettel statt Gewehrkegel.

Wie es dazu kam ist seither oft beschrieben worden. Ein nach wie vor unterschätztes Schlüsselereignis für die Entwicklung, die mit der Abwahl der SED endete, war die Aufdeckung der Wahlfälschungen bei der Kommunalwahl nur zehn Monate zuvor, am 7. Mai 1989. Die Zäsur des 7. Mai kann in ihrer Bedeutung für den Sturz der SED kaum überschätzt werden, und dass sich dieser Tage in den Medien nur wenig darüber finden lässt, ist schade.

Die Entlarvung der Scheinwahlen durch mutige und mündige Bürger markierte, das ist heute klarer als es damals vielen war, den Anfang vom Ende der SED-Herrschaft. Von diesem Tag an stand in der DDR die Machtfrage, alles andere war Ablenkung, Beschönigung und Selbstbetrug. Denn eines war seit dem 7. Mai 1989 sicher: eine weitere Einheitswahl nach bisherigem Muster würde es nicht noch einmal geben können.

Damit stand der nächste Wahltag als Termin für den Showdown schon fest. Hätte es im Herbst keine Montagsdemonstrationen gegeben, wäre Honecker nicht zurückge

treten, und wäre die Mauer stehengeblieben - spätestens bei der regulär 1991 anstehenden Volkskammerwahl wäre die offene Machtprobe unausweichlich gewesen. "Noch eine »Wahl« nach dem alten Muster können wir uns nicht mehr gefallen lassen", hieß es auf einem Flugblatt der „Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ von Ende Juni 1989. Die SED hingegen war fest entschlossen, keinerlei Konzessionen zu machen.

Doch wie und weshalb wurde die Wahlfrage zu einem Schlüsselthema für Regimekritiker -- und warum erst 1989?

Diese Frage verlangt einen kurzen Exkurs über das Wahlverständnis der SED. Von den ersten Volkskammerwahlen 1950 an gehörte systematische Wahlfälschung zum festen Repertoire ihrer Machtpolitik. "Es muss alles ganz demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben", lautete Walter Ulbrichts berüchtigte Maxime nach der Rückkehr aus Moskau

Eigentlich hätten die Kommunisten auf Wahlen verzichten können. Sie wähten ihre Politik ja durch den gesetzmäßigen Lauf der Geschichte legitimiert -- und waren damit, in ihrer Sicht jedenfalls, der Notwendigkeit einer empirischen Feststellung des Volkswillens enthoben. Doch hätte ein Staat ohne jede Wahlen -- siehe Ulbricht -- wohl einfach nicht besonders attraktiv gewirkt im Kampf der politischen Systeme.

Außerdem formulierte die marxistisch-leninistische Doktrin eben nur einen Legitimitätsanspruch, und bedeutete noch nicht, dass dieser auch geglaubt wurde . Also hatten 99-Prozent-Ergebnisse die (laut Theorie) komplette Übereinstimmung zwischen Volk und Partei auch augenfällig machen. Und so hatten Wahlen eben doch eine durchaus wichtige Legitimierungsfunktion im Realsozialismus. Ihr Zweck allerdings war dem in einer Demokratie exakt entgegengesetzt: die Regierung formte über Wahlen den Willen des Volkes, und nicht umgekehrt.

Neben dem Einheitspostulat hatte ein weiteres zentrales Axiom der Staatsideologie direkte Auswirkungen auf den Umgang der SED mit der Wahlfrage: Der Anspruch, Fortschritt zu verkörpern zwang sich die "führende" Partei in allen Bereichen zu einem permanenten "Schneller, Höher, Weiter" - eben auch bei Wahlergebnissen, was bei 99-Prozent-Resultaten aber kaum mehr möglich war. So reichte schon ein marginal schlechteres Wahlergebnis, um den Herrschaftsanspruch der SED zu erschüttern.

Es heißt mitunter, dass die 10 bis 20 Prozent festgestellten Gegenstimmen am 7. Mai 1989 doch auch noch ein komfortables Ergebnis für die SED bedeutet hätten. Aber das ist ein Mißverständnis: Es ging überhaupt nicht um die Größe der Mehrheit, son

dern um den Mythos der Interessenübereinstimmung. Schon die offiziell eingestanden 98,85 Prozent, das erste Ergebnis unter 99 Prozent in der Geschichte der DDR, waren für die SED eine Katastrophe.

Fortschritt musste aber nicht nur durch Wahlergebnisse dokumentiert werden, sondern auch institutionell durch die "Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie": bei jeder Wahl gab es wieder einmal mehr Wahlhelfer, mehr Wahlbezirke, mehr "Mandatsträger" und so weiter. Diese Art der Fortschrittserzeugung nahm die Form einer permanenten Ausweitung von Teilnahme zwecks Vermeidung von Teilhabe an, die sich schließlich selbst ad absurdum führte: Dass für die Kommunalwahl am 7. Mai 1989 erstmals auch die Freiwillige Feuerwehr und der Verband der Kleingärtner und Kaninchenzüchter Kandidaten aufstellen durfte, nicht aber die Kirche oder unabhängige Gruppen, war niemandem mehr vermittelbar.

Doch zurück zur Ausgangsfrage: Warum kam es erst im Mai 1989 zur Eruption?

Tatsächlich hatte es Kritik an den DDR-Scheinwahlen immer gegeben. Schon 1950 fanden, wie dann wieder 1989, gezielte und erfolgreiche Wahlkontrollen statt, damals organisiert etwa von der Liberalen Hochschulgruppe in Jena. Ich würde die Behauptung wagen, dass sich für jede einzelne DDR-Wahl zwischen 1949 und 1989 Proteste gegen den Wahlbetrug in den Archiven nachweisen lassen. In diesem Sinne hat Karl Wilhelm Fricke Recht mit der These, dass Kritik an der Einheitswahl und die Forderung nach freien Wahlen über 40 Jahre DDR den "roten Faden" oppositionellen Denken und Handelns bildeten.

Inhaltlich allerdings gab es keine wirkliche Kontinuität. Motive und Ziele der Regimegegner wandelten sich über die vier Jahrzehnte erheblich. In den Fünfzigern speisten sich die Wahlproteste noch aus einem bürgerlich-parlamentarischen Demokratieverständnis, in den Achtzigern eher aus anti-bürgerlichen, reformsozialistischen Vorstellungen, deren Leitidee ein "Dritter Weg" mit direkter, nicht parlamentarisch-repräsentativer Demokratie war. Man sehe "für unsere Gesellschaft ... den Weg nicht in Richtung eines Parteienpluralismus und parlamentarischer Demokratie nach westlichem Muster", gab etwa Gerd Poppe, Mitbegründer der IFM im Oktober 1987 bei einem Treffen mit westliche Diplomaten zu Protokoll. Und gewohnt resolut verkündete Bärbel Bohley im gleichen Jahr: "Ein Parlament, das Beschlüsse fast, lehnen wir ab."

Es waren, anders als in den frühen Jahren, ohnehin weniger demokratietheoretische Fragen, die seit Anfang der achtziger Jahre den Kristallisationskern für die Regimekritik bildeten. Statt dessen griffen sogenannte Basisgruppen einzelne von der SED

tabuisierte Themen auf -- etwa Ökologie, Dritte Welt, (Feindbild-) Erziehung, Wehrdienstverweigerung oder Frauenfragen.

Dennoch landeten auch die "Basisgruppen" seit Mitte der achtziger Jahre aber wieder bei der guten, alten Wahlfrage. Diese war letztlich nur die Verallgemeinerung (und zugleich die politische Zuspitzung) ihrer Forderung nach Teilhabe, welche sie zunächst auf bestimmte Politikfelder bezogen hatten.

Die Wahlfrage aufzugreifen, war auch eine logische Konsequenz aus der Beschäftigung mit der Friedensfrage, die im Zeichen der Nachrüstung zum Leitmotiv der unabhängigen Gruppen geworden war. Nur ein Staat, der sich den eigenen Bürgern gegenüber friedlich verhalte, werde auch im zwischenstaatlichen Bereich Frieden halten, so die Erkenntnis. Mit dieser Einsicht jedoch wandelte sich die DDR-Friedensbewegung ganz von selbst zur Demokratiebewegung.

Den Übergang von der Friedens- zur Wahlfrage dokumentiert etwa der "Appell zum Uno-Jahr des Friedens" von 1986 aus dem Umfeld der IFM. Darin hieß es: "Für Wahlen sollte die Möglichkeit bestehen, unabhängige Kandidaten aufzustellen, so dass jeder Bürger als Kandidat zur Wahl zugelassen werden kann. Die Versammlungen, Kundgebungen und Vereinigungen sollten... nicht von staatlichen Genehmigungen abhängig sein." Das war keine kodierte Sprache mehr, das waren klare Worte.

Und schon 1986 blieb es nicht beim bloßen Appell. Es ist wenig bekannt, dass die Wahlkontrollen vom 7. Mai 1989 einen direkten Vorläufer hatten: Die Überprüfung der Stimmenauszählung im Berliner Stadtbezirk Friedrichshain durch Samariter-Friedenskreis um Pfarrer Reiner Eppelmann anlässlich der Volkskammerwahl 1986. Aber trotz gewichtiger Indizien gelang der statistische Nachweis von Wahlfälschung damals nicht, weil es an Freiwilligen mangelte, um alle Wahllokale abzudecken.

1989 war das anders. Warum?

Erstens hatte sich die innenpolitische Lage dramatisch zugespitzt: Die SED hatte nach einer Phase relativer Liberalität nach dem Honecker-Besuch in Bonn von September 1987 wieder auf Repression umgeschaltet (Überfall auf die Zionskirche im November 1987, Verhaftungen bei der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration im Januar 1988). Zugleich hatte die Opposition begonnen, sich zu formieren (Gründung des Grünen Netzwerks „Arche“ im Januar 1988 und der „Initiative Absage“ kurz darauf). Dazu kam die ungelöste Ausreiseproblematik, verbunden mit einer Radikalisie

rung der Antragsteller (mit 779 Fällen von Botschaftsbesetzungen allein im ersten Quartal 1989 - mehr als im ganzen Jahr 1984).

Zweitens stand inzwischen die Wahlfrage in den Bruderländern auf der politischen Tagesordnung: In Polen und Ungarn war der Weg zu freien Wahlen beschritten, und selbst in der UdSSR wurde im Dezember 1988 ein deutlich liberalisiertes Wahlgesetz beschlossen. Bei den Wahlen im März 1989 fielen viele offizielle Kandidaten durch. Gorbatschow ließ sich beim Betreten der Wahlkabine ablichten. In der DDR machte bald der Spruch die Runde: "Von der SU lernen, heißt wählen lernen".

Drittens überwand die Opposition alte Berührungsängste gegenüber Angepassten, Ausreisern und Westmedien. Die jahrelange Selbstabgrenzung brach nun auf.

Viertens schließlich beschwor die SED das Desaster im wesentlichen selbst herauf, indem sie die Anfragen der Wahlkritiker im Vorfeld brüsk abfertigte und sie so regelrecht zur Machtprobe trieb.

Denn der vorherrschende Ansatz bei den "Wahlkämpfern" (wie sie in oppositionellen Kreisen bald genannt wurde) war zunächst keineswegs aggressiv auf Konfrontation gerichtet gewesen. Sie verfolgten eine „systemimmanente“, jedenfalls legalistische "Strategie der Partizipation": Um ihre "selbstverschuldete Unmündigkeit" (wie es die „Initiative Absage“ nannte) zu überwinden, setzten sie sich systematisch mit den Mitwirkungsangeboten auseinander, welche die DDR-Gesetze zumindest formal gewährten.

Das DDR Wahlgesetz etwa konnte man nicht einfach im Buchladen kaufen, und auch nicht ohne weiteres in einer Bibliothek ausleihen. Hatte man es in der Hand, ließen sich dort allerdings überraschende Dinge finden, etwa bestimmte Rechte bei der Kandidatenauswahl, oder eben das Recht zur Teilnahme an der Stimmenauszählung.

Die logische Konsequenz aus dieser Entdeckung war der Gedanke, die formalen Mitwirkungsangebote der SED mit etwas demokratischem Gehalt zu beleben, indem man die SED einfach beim Wort nahm. So wurde zunächst gezielt Aufklärung betrieben, etwa durch Informationsveranstaltungen zum Wahlrecht, die so etwas wie ein "Wahlbewußtsein" multipliziert wurde. Illegal oder halblegal produzierte Flugblätter und Informationsschriften dienten dem gleichen Zweck.

Während der offiziellen „Wahlbewegung“ besuchten „Wahlkämpfer“ gezielt Wahlversammlungen der Nationalen Front, und brachten dort die Offiziellen mit kritischen

Fragen zu politischen Zielen, Programmen oder den Kandidaten in Verlegenheit. Regelmäßig wurden sie des Saales verwiesen und bedroht, nicht selten folgten mehr oder minder heftige Konsequenzen für die Frager.

Am weitesten ging der Versuch, im Rahmen der "Kandidatenaufstellung durch die Wähler" eigene alternative Kandidaten auf der Einheitsliste zu platzieren. Laut DDR-Wahlgesetz nämlich waren "Kollektive" an der Kandidatenkür zu beteiligen – und waren nicht auch kirchliche Friedenskreise oder Umweltgruppen "Kollektive"?

Doch alle diese Bemühungen, sich einzubringen, stempelte die SED als „feindlich-negativ“ ab. Sie radikalisierte so auch jene Kritiker, denen es bis dahin durchaus fern lag, eine Revolution anzuzetteln.

Ein wenig bekanntes Beispiel: Angesichts des Scheiterns der Aufstellung eigener Kandidaten auf der Einheitsliste begannen Mitglieder des Netzwerk „Arche“ – bereits bevor die '89er Kommunalwahl stattgefunden hatte! - mit Vorarbeiten für die Aufstellung einer unabhängigen "Grünen Liste" für die nächste Volkskammerwahl unternommen. Damit war de facto die Gründung einer Oppositionspartei ins Werk gesetzt.

Vor allem aber war der Ehrgeiz der schnöde Abgewiesenen geweckt, angesichts der Arroganz der Mächtigen nun zumindest die Vorgänge am Wahltag genau unter die Lupe zu nehmen. Die Wahlkontrolle war so auch die Rache der eigentlich Gutwilligen dafür, dass die SED ihnen die Illusion, Teilhabe sei unter ihrem Regime möglich, genommen hatte.

Darin trafen sich mit den von Beginn an radikaleren Systemgegnern (viele von ihnen Antragsteller auf Ausreise), die sich solchen Hoffnungen nicht hingeeben hatten und die Wahlkontrolle vor allem als Möglichkeit betrachteten, die Willkürherrschaft der SED zu demaskieren. Diese "Aktionseinheit", plus die gewachsene Sensibilität in der Bevölkerung schufen überhaupt erst die kritische Masse, die der SED am 7. Mai eine politische Niederlage beibrachte, von der sie sich nicht mehr erholte.

Die SED wurde völlig überrascht. Sie hatte mit mehr Unmut als sonst gerechnet, aber nicht erwartet, dass sie in Gefahr war, vorgeführt zu werden und durch die Wahl in eine echte Krise zu geraten. Honecker betrachtete die Kommunalwahlen überhaupt nicht unter innenpolitischen Gesichtspunkten. Er plante mit einem grandiosen Wahlergebnis Gorbatschow die Überlegenheit eines "Sozialismus in den Farben der DDR" demonstrieren und die Wahl als Plebiszit gegen Glasnost und Perestroika und für 40

Jahre DDR-"Errungenschaften" instrumentalisieren. Dass das Volk wie üblich mitziehen würde, stand für die SED-Genossen außer Frage. "Grundsätzlich kann festgestellt werden", so Stasi-Chef Erich Mielke am 7. April 1989, "dass die politische Lage in unserer Republik von hoher politischer Stabilität gekennzeichnet ist."

Dem war schon vor dem 7. Mai nicht mehr so, und nach dem 7. Mai erst recht nicht mehr. Dass die Partei so offenkundig gegen ihre eigenen Gesetze verstoßen hatte (Paragraph 211 DDR-Strafgesetzbuch bedrohte Wahlfälschung sogar mit bis zu fünf Jahren Haft) und die unbestreitbaren Manipulationen auch noch hartnäckig leugnete, schürte die Empörung in kaum zu überschätzendem Maße. Erst dies machte weite Teile der Bevölkerung für die im Entstehen begriffene Opposition mobilisierbar.

Die wiederum nahm sich vor, die Sache nicht auf sich beruhen zu lassen: Auf einer „Wahlparty“ in der „Kirche von unten“ wurde noch am Wahlabend beschlossen eine „Koordinierungsgruppe“ einzurichten, um sich DDR-weit auf den nächsten Wahlgang vorzubereiten.

So lässt sich die Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 zusammenfassend am besten als Katalysator verstehen: Katalysator für

- einen Bewußtseinsschub der Bürger mit Blick auf das Partizipationsdefizit,
- einen Entfremdungsschub zwischen Volk und Regierung
- einen Mobilisierungsschub für Kritiker und Gegner
- und schließlich für einen Wandel vom individuellen zum kollektiven Handeln und einen strategischen Umschwung vom defensiven zum offensiven Verhalten der SED-Kritiker.

Der 7. Mai war in der Tat der Anfang vom Ende der SED-Herrschaft. In Leipzig, der späteren "Heldenstadt", kam es noch am Wahltag zu einer Demonstration auf dem Alten Markt, bei der sich Bürger erstmals mit den Protestierenden solidarisierten. Am folgenden Tag gab es nach dem Montagsgebet in der Nikolaikirche erneut einen Protestzug, und es ist keine Übertreibung, darin den Nukleus der legendären Montagsdemonstrationen des Herbstes zu sehen.

In Berlin erinnerten fortan an jedem Monatssiebtenden Demonstranten an die Wahlfälschungen – trotz exzessiver Polizeigewalt gegen sie. Und es war die monatliche Berliner "Wahldemo", die am 7. Oktober 1989 zum Auslöser der ersten großen Massendemonstration in der "Hauptstadt der DDR" wurde, welche der SED-Führung am 40. Jahrestag "ihrer" DDR vor den im Palast der Republik versammelten Staatsgästen eine für sie überaus schmerzhafteste und höchst symbolträchtige Demütigung zufügte.



Ich will mit einer These schließen: Es gab nach dem Desaster vom 7. Mai nur noch eine theoretische Chance für die SED, einen Umsturz abzuwenden, jedenfalls zu verzögern: Freie Wahlen, sofort. Im Interesse des Machterhalts ihre Macht aufs Spiel zu setzen war natürlich Dialektik für Feinschmecker, und nichts was im Bereich dessen lag, was Honecker oder sonst jemand im Politbüro ernsthaft erwogen hätte. Und doch war dies genau die Strategie, die Hans Modrow und Gregor Gysi schließlich am Runden Tisch vertraten. Wahlen schnellstmöglich, um den gigantischen Organisationsvorteil der SED gegenüber der Opposition voll auszuspielen. Aber im Dezember war es dazu schon zu spät.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Bilder der Veranstaltung

**„Der Anfang vom Ende:  
Die DDR-Kommunalwahl vom 7. Mai 1989“**

12. Mai 2004

Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

Bildnachweis  
Fotos: Henning Lüders



*Rainer Eppelmann* MdB  
Mitglied der Konrad Adenauer Stiftung



*Dieter Althaus MdL*  
Ministerpräsident des Freistaates Thüringen



*Dr. Hans Michael Kloth*  
Journalist und Wissenschaftler, Hamburg